

## **Goodbye Britannia**

Das Unfassbare, aber Erwartbare ist geschehen: Wenn auch mit einer knappen Mehrheit verlangen 51,9 Prozent den Austritt des Vereinigen Königreichs aus der EU. Vor dem Volksentscheid war schon klar, der Preis dieses Exits ist eine nachhaltige Schwächung der britischen Wirtschaft durch massive Wachstumsverluste, steigende Arbeitslosigkeit, Turbulenzen auf den Finanzmärkten und die Flucht in Goldanlagen. Der Vertrauensverlust in das System United Kingdom hat das englische Pfund auf Tiefstwerte, die letztmals vor dreißig Jahren erreicht wurden, abstürzen lassen. Die schwerwiegendsten Belastungen der britischen Wirtschaft: Abwertung des Pfunds zusammen mit den durch den Ausstieg aus dem Binnenmarkt wieder einzuführenden Zöllen. Deutschlands Wirtschaft, die nach Großbritannien exportiert, wird Erlöse hinnehmen müssen. Nach Schätzungen des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ wird durch den Brexit das Wirtschaftswachstum für 2017 von prognostizierten 1,7% um 0,5 % auf 1,2 % zurückgehen. Wichtigste Ursache: Die Exporte nach Großbritannien werden durch die Abwertung des Pfundkurses zu Erlösschmälerungen führen. Derzeit fließen noch acht Prozent der deutschen Exporte nach Großbritannien (Platz drei der Gesamtexporte aus Deutschland).

Die Gewinner des Kursverlustes sind die Euro-Touristen in Großbritannien und die exportierende Wirtschaft des Vereinigen Königreichs. Alles zusammengerechnet und gegenübergestellt, fällt die Kosten-Nutzen-Analyse negativ aus.

Ausländische Direktinvestoren verlassen das Land. Der Finanzplatz London könnte massiv schrumpfen.

Wie konnte es trotz dieser absehbar wirtschaftlichen Schäden zu diesem Votum „Raus aus der EU“ kommen? Mit einem Wort, ökonomisch rationale Gründe spielten kaum eine Rolle. Vielmehr geriete der Frust über die Politik aus dem Londoner Regierungszentrum zusammen mit dem feindselig wahrgenommenen Brüssel zu den angstvollen Triebkräften. Als sei die EU eine Besatzungsmacht schwadronieren jetzt die EU-Aussteiger vom „Unabhängigkeitstag“. In Wahrheit war die Regierung seit 1975 oftmals auch sehr lautstark bei allen EU-Entscheidungen dabei. Es flossen auch Finanzmittel für die Wirtschaftsstrukturpolitik aus Brüssel zurück in die britischen Regionen. Übrigens die Rechnung für die Mitgliedschaft hatte Maggy Thatcher 1984 auch zu Lasten Deutschlands reduziert. Massiven Einfluss auf den Exit hatte die Vorstellung, durch Renationalisierung stärker zu werden. Die EU-Institutionen müssen aber auch ihren Beitrag zum Frust in der Gemeinschaft vermessen. Die intransparente Gipfelkrisenpolitik sowie die autoritär wirkende Kommission haben die Exitanhänger bestärkt. Der verbürokratisierten EU fehlt die Vision. Eine Lehre aus dem Brexit ist, die EU braucht einen Konvent mit dem Ziel, die Vergemeinschaftung durch Reformen zu stärken.

Wie geht es ab Montag weiter? In spärlichen Worten beschreibt Artikel 50 des Lissabonner Vertrags die auszuhandelnden Regeln zwischen dem Austrittsland und der EU. Großbritannien spekuliert sicherlich auf den Umweg, sich über Freihandelsabkommen wieder den Vorteilen des Binnenmarkts anzunähern. Da liegt das Norwegenmodell nahe: Aus der EU raus, aber Nutzung der Binnenmarktvorteile. Oder vergleichbar der Schweiz werden Freihandelsabkommen für die einzelnen Märkte abgeschlossen.

Jedoch, Austritt + Binnenmarkt geht nach dem Brexit nicht. Es sollte aber alles getan werden, den Wiedereinstieg vorzubereiten. Schließlich sollte der letzte Satz im Austrittsartikel, der auf den erneuten EU-Einstieg nach Artikel 49 verweist, Leitlinie sein. Die Wiederaufnahme bleibt zusammen mit einer stärkeren Demokratisierung zugunsten der jungen Generation Aufgabe bleiben. Denn gegenüber den über 65-Jährigen haben sich die Jungen für Europa entschieden. Eine grundlegende EU-Reform mit dem Ziel, die Gemeinschaft zu stärken, steht auf der Tagesordnung.

---

Juni 2016